

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Dritter Band)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 84.

Berlin, Mittwoch, 28. Oktober 1908.

Wierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Aufgaben der Ortsverbände. — Arbeiterbrief aus Thorn. — Der Sumpf. — Vergleichende Statistik. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Literatur. — Anzeigen-Zell.

## Die Aufgaben der Ortsverbände.\*)

I.

Auf engem, knapp bemessenen Raum soll ein umfangreicher Stoff behandelt werden. Denn gleich groß an Zahl wie an Wichtigkeit sind die Aufgaben, die ihrer Lösung durch die Ortsverbände harren. Das bedingt, daß die einzelnen Punkte hier nur angedeutet werden können. Trotzdem wird der denkende und vorwärtsstrebende Leser aus diesen skizzenhaften Ausführungen vielleicht manche Anregung und Lehre entnehmen können.

Die Einrichtung der Ortsverbände ist ungefahr so alt wie die Bewegung der Deutschen Gewerksvereine überhaupt, und wie diese im Laufe der Jahrzehnte sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen haben anpassen müssen — ohne deshalb selbstverständlich etwas von ihren Grundausschauungen aufgegeben zu haben —, so sind auch die Aufgaben der Ortsverbände größer und zahlreicher geworden. Statutarisch sind dieselben festgelegt im § 42 des Verbandsstatutes, so daß dieser kleine Aufsatz gewissermaßen als Erläuterung oder Ausführungsbestimmung desselben gelten kann.

Während die Ortsvereine es sich angelegen sein lassen müssen, die Interessen der einzelnen Berufe wahrzunehmen, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder und auch der übrigen Berufsangehörigen zu leben und zu sichern, sollen die Ortsverbände die gemeinsamen örtlichen Interessen ohne allzu starke Belastung der einzelnen Vereine und Mitglieder möglichst zu fördern suchen. Das aber ist nur möglich, wenn alle an einem Orte oder engeren Bezirke vorhandenen Kräfte und Mittel zweckmäßig und planvoll verwendet werden können. Diese Möglichkeit nun bietet der Ortsverband. Wohl kann auch eine z. B. für eine Gewerkegerichtswahl oder irgend eine andere Aktion eingesezte Kommission ihren Zweck zu allgemeiner Zufriedenheit erfüllen. Indessen die Zahl dieser Gelegenheitskommissionen würde uns Ungemeßene anwachsen, wenn durch sie alle den Ortsverbänden zugeordneten Aufgaben erfolgreich gelöst werden sollten. An eine gründliche Kleinarbeit aber wäre gar nicht zu denken. Dazu bedarf es dauernder Einrichtungen, wie es die Ortsverbände sind, deren Führer allerdings mit den örtlichen Verhältnissen auf das genaueste vertraut und sich der hohen Verantwortung bewußt sein müssen, die ihnen mit der Uebertragung ihres Ehrenamtes auferlegt worden ist.

Eines schiedt sich nicht für alle, und alles schiedt sich nicht für Einen! Dies sei gesagt für diejenigen, denen der Kreis der Aufgaben zu weit gezogen, denen einzelne Aufgaben über ihre Leistungsfähigkeit hinaus zu gehen scheinen. Ein kleiner Ortsverband kann naturgemäß nicht soviel leisten wie ein großer, und auch die örtlichen Verhältnisse selbst ziehen manche Schranken. Wenn jedoch überall mit der nötigen Ueberlegung, Sachkenntnis und Liebe zur Sache vorgegangen wird, dann ist von selbst dafür gesorgt, daß die un-

weisbaren Pflichten erfüllt, dagegen Versuche unterlassen werden, welche die zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel überschreiten.

Dahin gehört z. B. die Errichtung eines sogenannten Arbeitersekretariats. Wo es irgend angängig ist, namentlich also in größeren Industrieorten, sollte ein solches existieren. Aber freilich die Unkosten dürfen nicht unterschätzt werden, und Versuche mit untauglichen oder unzulänglichen Mitteln können leicht nicht wieder gut zu machenden Schaden stiften. Vorsicht ist deshalb durchaus am Platze! Indessen wäre es bei etwas größerer Opfermühe der Gewerksvereinsmitglieder wohl möglich, die Zahl der bestehenden Arbeitersekretariate zu erhöhen. Wo es die Verhältnisse nicht gestatten, ein Arbeitersekretariat mit einem besoldeten Beamten anzustellen, da möge man wenigstens eine Rechtsauskunftsstelle oder ein Auskunftsbureau schaffen. Dadurch wird nicht allein den Mitgliedern Gelegenheit geboten, sich bei gewerblichen Streitigkeiten mit den Arbeitgebern, in Krankenfällen, Invaliden- und Unfallfällen sowie in manchen anderen Angelegenheiten Auskunft und Schutz zu holen, sondern auch ein wichtiges Agitationsmittel geschaffen, insofern Rat auch an Anders- und besonders Nichtorganisierte erteilt werden kann, die auf diesem Wege leichter für unsere Sache gewonnen werden können.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch die Regelung des Herbergswesens. In zahlreichen Ortsverbänden wird auf diesem Gebiete bereits Mustergültiges geleistet. Andererseits aber darf gesagt werden, daß dieser Frage vielfach nicht die Aufmerksamkeit gewidmet wird, die ihr zukommt. Ein wichtiges und dankbares Gebiet ist hier noch zur Bearbeitung vorhanden.

Im engen Zusammenhang damit steht die Frage der Arbeitsvermittlung bezw. der Arbeitsnachweise. Wo ein Arbeitersekretariat oder eine Rechtsauskunftsstelle besteht, wird sich auch hier leichter ein Erfolg erzielen lassen. Unter allen Umständen aber muß, wo eigene Arbeitsnachweise nicht möglich sind, auf die Gemeinden dahin eingewirkt werden, daß sie an die Errichtung von Arbeitsvermittlungstellen auf paritätischer Grundlage herantreten, an deren Verwaltung aber auch eine unserer Stärke entsprechende Mitwirkung gewährleistet sein muß.

Ueberhaupt ist es notwendig, daß den Behörden und der Öffentlichkeit gegenüber die Gewerksvereine mehr aus der Reserve heraustreten. Dazu bieten sich den Ortsverbänden zahlreiche Gelegenheiten. Seitens eines dazu bestimmten Vertrauensmannes können der Gewerbeinspektion Beschwerden über Ungehelichkeiten oder sanitäre Mängel in einzelnen Betrieben mitgeteilt werden. Wo der örtliche Tagelohn zu niedrig ist, muß ein Antrag auf Erhöhung desselben eingereicht werden. Die Forderung auf Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene muß jetzt, wo durch die bevorstehende Strafrechtsreform Diäten gesetzlich in Aussicht gestellt werden, mit erneutem Eifer erhoben werden, ebenso die Forderung auf Einführung des Verhältnismäßigkeitsystems für das Gewerbegericht. Des weiteren soll da, wo der gesetzliche Zwang für die Errichtung eines solchen Gerichtes noch nicht besteht, aber das Vorhandensein einer starken Industrie daselbe als wünschenswert erscheinen läßt, ein Antrag auf Errichtung gestellt werden.

## Arbeiterbrief aus Thorn.

Ein Rückblick auf die Bewegung in der Sonigfuchsenbäckerei.

Im Januar d. J. gelang es den Bemühungen des Ortsverbandsvorsitzenden Hinz, einen Ortsverein der Konditoren, Bäcker und Pieskerküchler ins Leben zu rufen. Höchste Zeit war es auch, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Sonigfuchsenfabrikation waren durchaus verbesserungsbedürftig. Leider gab es und gibt es auch noch eine große Anzahl von Kollegen, welche sich durchaus nicht überzeugen lassen wollen, daß nur durch den Anschluß an die Organisation Verbesserungen geschaffen werden können. Nach unzähligen Vorträgen des Kollegen Hinz war es endlich gelungen, die Mitgliederzahl des Ortsvereins auf 90 zu bringen, eine stattliche Zahl, die aber noch immer nicht genügt, in Anbetracht der etwa 300 in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wenn nun auch die Unorganisierten noch in der Mehrheit waren, so wagten wir Mitglieder des Ortsvereins doch einen Vorstoß, um einige Verbesserungen zu erzielen, gleichzeitig, um auch den indifferenten Kollegen zu zeigen, daß es unser heiliger Ernst ist, etwas für die Arbeiter zu tun. Der Hauptvorstand gab seine Genehmigung zur Lohnbewegung und erteilte dem Ortsverbandsvorsitzenden die nötigen Vollmachten. Unter seiner Leitung wurden die Forderungen formuliert und den Arbeitgebern im September zugestellt. Zwei Firmen antworteten ablehnend, eine zustimmend. Eine weitere Firma machte Zugeständnisse den eigenen Reuten gegenüber.

Nach stattgefundenen Fabrikversammlungen ersuchte Hinz die Unternehmer um mündliche Verhandlungen, welche auch gewährt wurden. Bei diesen Verhandlungen vertrat Herr Gustav Weese eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde, befiel sich aber vor, die Angelegenheit erst mit seinem Arbeiterausschuß zu besprechen. Kollege Hinz bat um Zuziehung unserer Kommissionsmitglieder, was auch zugesagt wurde und geschah. In der Besprechung sprach sich Herr W. mißbilligend darüber aus, daß man sich gleich hinter den Gewerksverein gestellt habe; eine Lohnerböhung wäre auch so gekommen. Er konnte sich denn auch nicht zur Unterzeichnung des Vertrages mit dem Ortsverein entschließen, bewilligte aber eine Lohnerböhung von 2 Pf. pro Stunde und stiftete noch eine größere Summe für einen Fonds, aus welchem bei Geburts- oder Sterbefällen eine Unterstützung gezahlt wird. Die mündliche Verhandlung bei Hermann Thomas fand nur mit dem Kollegen Hinz statt. Der Kollege Batecki wurde, weil er Arbeiter bei der Konkurrenzfirma sei, abgelehnt. Bei dieser Verhandlung machte Herr Thomas zunächst unbestimmte Zusagen. Seine Antwort war: „Na, ich will ja zulegen.“ Aber wieviel oder was, sagte er nicht. Als Hinz der Versammlung darüber Bericht erstattete und die hiesigen Zeitungen darüber schrieben, schickte Herr Thomas eine Verichtigung ein, er hätte nichts zugestanden. Schließlich wurden die Mitglieder der Kommission, soweit sie in der Fabrik beschäftigt waren, selbst bei Herrn Thomas vorstellig, worauf dieser für alle Gehilfen, die bis 2 Jahre im Betriebe beschäftigt waren, 20 Pf. pro Tag, für die über 2 Jahre beschäftigten 30 Pf., für die Badmeister 40 Pf. pro Tag Zulage bewilligte. Außerdem soll die zehnständige Arbeitszeit vom 1. Januar 1909 eingeführt werden.

Von der Firma Richard Thomas war die zehnständige Arbeitszeit verlangt und auch zugesagt worden. Leider konnten sich die meisten Firmeneinhaber nicht zur Unterschrift entschließen.

\* Dieser Aufsatz, vom Verbandsredakteur Lewin verfaßt, ist dem im Verlage der „Gilde“ erschienenen Arbeiterjahrbuch entnommen.

Das ist bedauerlich und zeugt nicht gerade von großem sozialen Verständnis. Trotzdem erklärten sich die Mitglieder mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden, namentlich da die Organisation noch ziemlich jung ist und die Zeit, die Unterdrückung zu erkämpfen, nicht abgelaufen ist. Da aber immerhin sehr erfreuliche Erfolge erzielt worden waren, konnte die Bewegung für beendet erklärt werden.

Jedenfalls steht das Eine fest, daß die Kollegen mit aller Deutlichkeit gesehen haben, daß das Geld, was sie an Beiträgen gezahlt haben, nicht vergeblich ausgegeben worden ist, wie dies von manchem kurzfristigen Arbeiter immer behauptet wird. Hat nicht der Gewerksverein alles versucht, um soviel wie möglich herauszuholen, und hat er nicht große Verbesserungen erreicht? Viel mehr wäre freilich zu erreichen gewesen, wenn nicht noch eine so große indifferente Masse vorhanden wäre. Alle Behauptungen, die Erhöhungen wären auch so gekommen, sind nur Ausreden. Allein der Ortsverein ist die treibende Kraft gewesen, und die Ertragsleistungen sind und bleiben ein Verdienst desselben. Darum, Kollegen, haltet fest an der Organisation! Laßt Euch nicht durch Wohlhabereinrichtungen verblenden: organisiert und werbt neue Mitglieder! Kein Kollege darf unorganisiert sein, denn nur vereint können wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen. Darum denn wollten die Chefs sich zum Tarifabschluß nicht bewegen lassen? Weil sie durch Mantelträger wußten, wie groß die Zahl der Unorganisierten noch ist. Hier muß dringender Abhilfe geschaffen werden. Haltet den Unorganisierten stets das Törichte ihres Verhaltens vor Augen und schildert ihnen, daß sie selbst von der Organisation den größten Vorteil haben. Tragt Aufklärung in ihre Reihen und haltet ihnen stets den Sinnbruch vor Augen: Viele Wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel.

### Der Pumps.

In Nr. 80 des „Gewerksverein“ brachten wir einen Artikel, der die Meinungsprozesse im Saarrevier behandelte. Weitere Ereignisse, die in einem engen Zusammenhang damit stehen, zwingen uns, der Angelegenheit nochmals einige Zeilen zu widmen. Am 20. Oktober begann vor der Saarbrücker Strafkammer ein Nebenprozeß, in dem sich nicht weniger als 52 Angeklagte zu verantworten haben. Darunter befinden sich 8 königliche Steiger und Fahrsteiger, die Witwe eines früheren Obersteigers und 43 zum Teil bereits pensionierte Bergleute, Wirte, Geschäftsinhaber usw. Die Beamten und die Witwe sollen Geld angenommen haben, die Bergleute und Gewerbetreibenden haben dabei den „ehelichen“ Vermittler gespielt. Zum Teil allerdings haben letztere bei ihrer Vermittlungstätigkeit nicht zu knapp an sich selbst gedacht. Das Ganze betrifft zunächst nur die eine, bereits durch eine große Schlagwetter-Explosion traurig berühmt gewordene Grube Hedden. Der Hauptverdacht der ganzen Krankheit, die Grube Gittelborn, kommt erst später an die Reihe. Es gibt also noch mehr solcher Nebenprozesse. Dabei können nur die Fälle der letzten 5 Jahre Gegenstand der Klage sein. Doch gilt es nun als feststehend, daß fast der ganze Saarbergbau zum Teil seit Jahrzehnten in fortwährender Steigerung unter dem Zeichen des beständigen Stiefes steht, der Tran annimmt.

Bereits 1889 wurden einige sozialdemokratische Agitatoren verurteilt, weil sie derartige Behauptungen aufgestellt hatten. Sie konnten für ihre freilich übertriebenen Beschuldigungen keine Beweise beibringen, aber die damals erfolgte disziplinarische Bestrafung einiger Beamten zeigte, daß doch etwas dahinter steckte.

Von den jetzt angeklagten Bergleuten sind viele Familienväter, die bis zu 12 Kinder zu ernähren haben. Die Verhandlungen der einzelnen Fälle haben etwas Eintöniges an sich. Fast immer handelt es sich darum, daß die Bergleute Geld gaben, um Bevorzugungen zu erlangen, entweder direkt oder durch Mittelspersonen, indem sie meist in Partien zu 8 Mann je 2-5 Mark gaben. Da nun die Steiger ca. 12 solcher Partien unter sich hatten, kann man berechnen, welche Einnahmeweile sich ihnen hier öffnete. Allerdings wird wohl nicht jeder Steiger und jeder Bergmann mitgewirkt haben, aber den ungetreuen Beamten standen genügend Mittel zum Nachhelfen zur Verfügung.

Auch die Bergleute standen sich nicht schlecht dabei, denn die ersichtlichen Vorteile waren wohl größer als die gezahlten Schmiergelder. Der Geschädigte also ist der preußische Verfassung, der denn auch zu den Verhandlungen hohe Beamte als Vertreter entsendet hat, die dem Minister Bericht erstatten sollen. Die ganze Angelegenheit

wird wohl auch in dem Parlament zur Sprache kommen.

Der unsere Ausführungen in Nr. 80 nachliest, wird begreifen, wie es kam, daß die Bergleute und Steiger ihr schändliches Treiben so lange verborgen hielten. Jetzt wird ja anscheinend eine gründliche Reinigung vorgenommen. Die Gerichtsverhandlungen, die jetzt im Gange sind, werden wohl eine ganze Woche dauern, und auch die noch folgenden Prozesse werden lange Zeit in Anspruch nehmen. Die disziplinarische Bestrafung der Schuldigen folgt noch, und unheilvolles Gerede wird auf den saarabischen Gefilden lauten. Es sind in Wahrheit Streiklichter aus einem tiefdunklen Lande, in dem es aber auch einmal hell werden muß. Der Druck, der hier seit Stummis Zeiten auf allen gelastet hat, muß weichen und einem Zustand der Gleichberechtigung und Aufklärung Platz machen. Dann wird Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit die Zustände verändern, die nur eine Folge des herrschenden absoluten Systems sind. Die Stützen dieses Systems sind wankend geworden; hoffentlich werden sie zusammenbrechen und noch ihnen auch ihre vorläufigen Träger, die „christlichen“ Verbände beider Richtungen. Nur neutrale Berufsorganisationen, wie es die Deutschen Gewerksvereine sind, einerseits, sowie eine gerechte, freiwirtschaftliche Verwaltung andererseits kann auf die Dauer Besserung bringen.

J. E.

### Vergleichende Streikstatistik.

I.

Im Anschlusse an die Aufsätze „Die Arbeiterorganisationen der Kulturstaaten“ in den Nummern 79 und 80 des „Gewerksverein“ seien nur: auch die bemerkenswerten Zusammenstellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes über die Arbeitseinstellungen in den verschiedenen Ländern in ihren Haupterhebungen anzuführen. Auch hier sind verschiedene Lücken zu beklagen. Die Ziffern beziehen sich auf Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien mit Irland (Vereinigtes Königreich), Desterreich, Belgien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Allein es fehlen mehrere wichtige Angaben, so besonders für Deutschland die Ziffern der Streikenden, welche vollen, teilweisen und keinen Erfolg erzielten, ebenso die bezüglichen Zahlen aus den Vereinigten Staaten. Außerdem fehlen noch manche andere wichtige Angaben, die unsere Ziffern erst recht verlässlicher machen würden. Trotzdem behalten sie als ersten Versuch großen Wert. — Ueber alle Arbeitsstreikstatistiken, also auch die Ausföhrungen, die neuerdings besonders bei uns einen so großen Umfang angenommen haben, liegen hier Angaben vor, die sich für Deutschland auf die Jahre 1902-1906, ebenso für Oesterreich und Frankreich auf die nämliche Periode beziehen. Belgien liefert Ziffern darüber aus den Jahren 1901-1905, Italien für 1900-1901, Großbritannien mit Irland für 1902-1906, die Vereinigten Staaten für 1901-1905.

Die Arbeitsstreikstatistiken in absoluter Zahl sind weitaus am größten in Deutschland, wo sie von 1106 (im Jahre 1902) stetig bis auf 3626 (im Jahre 1906) anwuchsen. Die Zahl der von den Arbeitsstreikstatistiken betroffenen Betriebe stieg in dem angegebenen Zeitraum ebenfalls stetig, von 4385 auf 19 026, der dazugehörige Beschäftigten von 149 791 auf 838 988; sie war jedoch im Jahre 1905 um rund 27 000 Arbeiter höher. Ebenso stieg die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten im Jahre 1905 526 810 betragen hatte, also um rund mehr als 77 000 Arbeiter höher war. Erheblichen Schwankungen war die Zahl der Arbeiter unterworfen, die, obwohl nicht direkt an den Arbeitsstreikstatistiken beteiligt, dadurch dennoch zum Feiern gezwungen wurden. Sie belief sich im Jahre 1902 auf 6479, dagegen im Jahre 1906 auf nicht weniger als 27 088, während sie ein Jahr früher noch um 12 000 Arbeiter weniger betragen hatte.

Für Frankreich war das letzte Berichtsjahr 1906 das schlimmste mit Arbeitsstreikstatistiken besagte Jahr, während die anderen Angaben keine bestimmte Tendenz erkennen lassen. Allerdings waren die Ziffern der Streikenden und Ausgesperrten in den früheren Jahren weitaus höhere als bei uns. Das Jahr 1906 aber wies 1314 Arbeitsstreikstatistiken in nicht weniger als 19 642 Betrieben auf, die insgesamt 818 749 Arbeiter beschäftigten. Davon befanden sich mehr als die Hälfte, nämlich 438 740 Arbeiter unter den Streikenden und Ausgesperrten, während 29 395 weitere feiern mußten. Diese Ziffern übertreffen die unserigen weitaus, obwohl doch die

französische Industrie keineswegs den Umfang und die Arbeiterzahl der deutschen besitzt.

Verhältnismäßig minimal erzielte dagegen die analoge Bewegung in Desterreich. Zwar ist auch hier ein beträchtliches Anwachsen der Arbeitsstreikstatistiken festzustellen, und zwar ebenfalls ein ununterbrochenes. In den Jahren 1902-1906 wuchsen an die Zahl der Streikstatistiken von 272 auf 1133, die der betroffenen Betriebe von 1193 auf 7881, ihrer Arbeiter von 87 310 auf 356 916, der Streikenden und Ausgesperrten von 38 521 auf 221 560, endlich der gezwungen Feiernden von 6354 auf 13 098. Die letztgenannte Zahl fehlt für Belgien, wo die Bewegung in einer Kurve verläuft, deren Höchstpunkte die Jahre 1901 und 1905 bilden. Besteres übertrifft aber alle früheren Jahre in diesem industriereichen Lande. Es fanden 133 Arbeitsstreikstatistiken in 550 Betrieben mit einer Arbeiterzahl von 160 311 statt; immerhin waren darunter nur 75 672 Streikende oder Ausgesperrte.

Für Großbritannien mit Irland wird lediglich die Zahl der Arbeitsstreikstatistiken, der Streikenden und Ausgesperrten wie der gezwungen Feiernden angegeben. Diese Ziffern sind am beträchtlichsten im Schlussjahre 1906 mit 486 Streikstatistiken, 157 872 direkt und 59 901 indirekt betroffenen Arbeitern. Bemerkenswert ist die Angabe für das Jahr 1902, das die nächsten Zahlen aufwies. Diese betragen 442 Streikstatistiken, 116 824 direkt betroffene, aber nicht weniger als 139 843 indirekt betroffene, also gezwungen feiernde Arbeiter.

In Italien ist das Höchstjahr 1901 mit 1701 Arbeitsstreikstatistiken und 430 353 beteiligten Arbeitern. Die anderen Jahre weisen viel niedrigere Ziffern auf; allerdings fehlen die entscheidenden seit dem Jahre 1901.

Endlich geben die Ziffern aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die allerdings ebenfalls nur bis zum Jahre 1905 reichen, deutlich von einer fallenden Tendenz der Arbeitsstreikstatistiken Kunde. Das Höchstjahr ist hier 1903 mit 3648 Streikstatistiken, 23 536 betroffenen Betrieben, 644 014 Streikenden und Ausgesperrten und 143 820 gezwungen Feiernden. Aber in den beiden folgenden Jahren ist die Zahl der Streikstatistiken auf 2186, die der beteiligten Betriebe auf 9547, die der Streikenden und Ausgesperrten auf 214 811, die der gezwungen Feiernden auf nur 57 623 gefallen, hat sich mithin sehr bedeutend vermindert.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 27. Oktober 1908.

Die Konferenz über die Reform des Krankenversicherungsgesetzes, die vergangene Woche unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg stattgefunden hat, und an der u. a. die Kollegen Gustav Hartmann vom Gewerksverein der Maschinenbauer und Paul Hennig vom Verein der Deutschen Kaufleute teilgenommen haben, hat infolgedessen einen günstigen Verlauf genommen, als die Versuche auf Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen, verschiedene Zurückweisungen erfahren haben, und zwar sowohl von Seiten der Arbeitnehmer, als auch der Arbeitgeber. Die Vereinfachung der Gemeindefrankenversicherung wurde fast einmütig gut geheißen. Für die Galbierung der Kassenbeiträge und die damit verbundene Vermehrung des Einflusses der Arbeitnehmer auf die Verwaltung der Kasse traten nicht einmal die Arbeitgebervertreter ein. Die Einsetzung eines unparteiischen Vorsitzenden wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Die Einführung der Verhältniswahl bei den Vertreterwahlen wurde einstimmig gut geheißen. Gegen die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Kassenbeamten sprach sich die Mehrheit aus. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß für Streiktagen der Krankenkassenversicherung ein Verzugverfahren durch besondere Schiedsgerichte eingeführt werden müsse. Als Rekursinstanz soll das Reichsversicherungsamt gelten, um eine einheitliche Rechtsprechung zu sichern.

Es handelt sich hierbei nur um die Vorarbeiten. Zunächst also muß abgemacht werden, welche Stellung die Regierung und später der Reichstag zu der Angelegenheit nehmen werden.

Eine gewichtige Stimme für das Verbot der Konkurrenzklause. Auf Grund einer Petition, welche die Verwaltungsräte des Bundes der technischen Industriellen Beamten in Baden an die dortige zweite Kammer gerichtet hatten, hat die Petitionskommission derselben einen Bericht erstattet, in dem sie nach eingehender Prüfung der Gründe, die für und wider

die Konkurrenzklause angeführt werden können, zu folgendem Resultat gelangt ist:

In Abwägung der für und wider bezüglich der Konkurrenzklause kam Ihre Kommission einstimmig dazu, das völlige Verbot der Konkurrenzklause selbst, wie der Umgehung dieses Verbotes durch andere Verträge als wünschens- und erstrebenswert zu bezeichnen. Ihre Kommission glaubt, daß die Gründe, welche für das Verbot der Konkurrenzklause geltend gemacht werden, überwiegen und stärker seien. Tatsächlich stellt die gesetzliche Zulässigkeit höher wie das Personenrecht und ist infolgedessen sozial. Die Allgemeinheit wird dadurch mehr geschädigt, wie durch ein völliges Verbot. Den Arbeitgebern stehen Mittel und Wege offen, ohne die Konkurrenzklause sich zu sichern. Schon das allgemeine bürgerliche Recht würde ausreichen zum Schutze dessen, was des Schutzes bedürftig ist. Im Zeitalter der Kartelle, Trusts und Syndikate mögen sich die Arbeitgeber unter Konventionen nur verpflichten, daß keine der Geschäftsberechnisse des anderen ausbeute, dann wird schon der größte Teil von dem erreicht, was durch die Konkurrenzklause erzielt werden will. Durch Abschluß fünfjähriger anständiger Arbeitsverträge und jeweilige Erneuerung derselben ist der gerecht und billige denkende Unternehmer in der Lage, sich in den meisten Fällen die Vertrauenspersonen seines Personals dauernd zu erhalten. Die bessere Benützung des Patent- und Gebrauchsmusterrechtes, eine bessere Fassung des § 9 des unlauteeren Wettbewerbsgesetzes, insbesondere dessen Ausdehnung auch über die Dauer des Arbeitsverhältnisses hinaus, sind weitere Wege, um Industrie und Handel zu schützen, ohne in die Rechte der Angestellten so einschneidend eingreifen zu müssen, wie es durch die Konkurrenzklause tatsächlich der Fall ist.

Hier kann nicht von einer einseitigen Verteilung der Frage die Rede sein, sondern Unparteiliche sind zu dieser Anschauung gelangt. Hoffentlich trägt die Kundgebung mit zu einer baldigen und vor allem gründlichen Reform auf diesem Gebiete bei.

Für ein wirksames Heimarbeiterschutzgesetz sprechen auch die Erfahrungen, die die Gewerbeaufsichtsbeamten bei der Durchführung des Kinderschutzgesetzes ständig machen müssen. Es können nämlich beobachtet, daß viele Unternehmer, um sich den Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes zu entziehen, den Kindern in der Wohnung ihrer Eltern Beschäftigung geben. So schreibt die Aufsichtsbeamtin für Chemnitz:

Bezüglich der Beschäftigung fremder Kinder war viel nach zu beobachten, daß die Arbeitgeber die Kinderarbeit in der eigenen Werkstatt tuschlich einschränken und in Hausarbeit umwandeln, die an Kinder abgegeben wird, eine Erscheinung, die durchaus nicht zu begrüssen ist. Denn wenn die Kinder in der Wohnung ihrer Eltern arbeiten, so dürfen sie nicht nur bedeutend länger beschäftigt werden als bei dem Arbeitgeber, sondern es findet dadurch eine nicht erwünschte Vermehrung der Kinderarbeit statt, daß in der Regel die jüngeren Geschwister zur Beihilfe herangezogen werden.

Diesen Umgehungen des Kinderschutzgesetzes kann man am wirksamsten begegnen, wenn man endlich die Heimarbeit wirksamer schützt als dies bisher der Fall ist, namentlich durch Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbeaufsicht.

Arbeiterbewegung. In Borna i. S. sind Differenzen im Baugewerbe ausgebrochen. Nachdem bereits die Maurer und Bauhilfsarbeiter in den Streit getreten waren, haben sich auch die Zimmerer wegen fortwährender Lohnabzüge ihnen angeschlossen. Wegen der Entlassung eines Arbeiters haben in der Eisengießerei von Görsz zu Aachen die Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen haben die dem Arbeitgeberverbände der links-rheinischen Metallindustrie angeschlossenen Eisengießereien von Aachen und Umgebung beschlossen, ihre Betriebe zu schließen, wenn nicht in der bestreiteten Firma die Arbeiter bis zum 7. November die Arbeit wieder aufgenommen haben. Eventuell soll die Aussperrung noch weiter ausgedehnt werden.

Sozialistische Gewerkschaften. Es gibt immer noch Kollegen, die da glauben, man tue den sogenannten freien Gewerkschaften bitter unrecht, wenn man sie als sozialdemokratische bezeichnet. Wie unangebracht dieses Parteigefühl ist, das zeigen folgende Ausführungen, die wir in der Nr. 41 der „Holländer-Zeitung“, des Organs des Deutschen Holzarbeiterverbandes finden. Da heißt es u. a.:

Unsere Gewerkschaften sind von der Sozialdemokratie ebensowenig frei, wie die Christlichen es von Zentrum sind — und es wäre traurig, wenn es auf unserer Seite anders wäre. Die Tatsachen liegen so klar auf der Hand, die beweisen, daß die Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie in sehr engen Beziehungen stehen. So daß den Christlichen gar nicht schwer geworden ist, natürlich mit der üblichen Liebertrübe, auf Grund dieser Tatsachen nachzuweisen, daß die von uns namentlich im Westen bekannte Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Partei nicht besteht. Wenn unsere Gewerkschaftsführer erklären, daß Partei und Gewerkschaft eins seien, wenn Generalkommission und Parteivorstand gemeinsame Maß-

nahmen herabzulegen und beschließen, wenn die Gewerkschaften zu den Wahlsonden der Partei steuern, wenn sie bei Wahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie eintreten, wenn sie die politischen Aktionen der Partei unterstützen, so wird das jeder denkende Arbeiter für ganz in der Ordnung, für höchst nützlich, ja für notwendig zum Gedeihen beider Teile halten. Aber dann haben wir auch kein Recht mehr, von „freien“ Gewerkschaften zu reden und dieser Bezeichnung eine Deutung zu geben, als ob die Gewerkschaft in gar keiner Beziehung zur Sozialdemokratie stünde, als ob sie nicht im Gegenteil Wert darauf lege, das Verhältnis zur Partei möglichst enge zu gestalten, natürlich nicht im Sinne der Unterordnung, sondern im Sinne engsten Zusammenwirkens zweier gleichberechtigten, denselben Ziele zustrebenden Kampfgenossen. Einem solchen Verhältnis wird aber die Bezeichnung „freie“ Gewerkschaften nicht gerecht, und deshalb ist sie falsch.

Von einzelnen, die ebenfalls an der Bezeichnung „freie Gewerkschaften“ Anstoß nehmen, wird statt dessen der Name „moderne Gewerkschaften“ gewählt. Nun ist aber das Wort „modern“ genau so nichts-sagen wie das Wort „frei“. Drückt „modern“ nur einen zeitlichen Begriff aus, bezeichnet es einfach eine Erscheinung der Gegenwart, dann sind auch die Christlichen und die Selben „modern“; hat es aber programmatischen Inhalt, dann kann das Wortchen, von uns auf die Arbeiterbewegung angewendet, doch nur gleichbedeutend mit sozialistisch sein. Aber warum denn nicht gleich Farbe bekennen und diejenige Bezeichnung wählen, die erstens der Sache entspricht und sodann einen für jedermann erkennbaren Sinn hat: nämlich sozialistische Gewerkschaften?

Und gegen den Schluß des Artikels heißt es weiter: „Bedürfen wir also eines unterscheidenden Merkmales im Namen unserer Organisationen und wollen wir nichts-sagende, vieldeutige und irrtümliche Bezeichnungen vermeiden, dann sagen wir nicht mehr „freie“, auch nicht „moderne“, sondern sozialistische Gewerkschaften.“

Na, warum denn nicht gleich so? Da hat man sich Jahrzehntlang in den höchsten Ebnen stütlicher Entrüstung gegen die „Verleumdung“ gewehrt, und jetzt gibt man offen zu, daß man sozialistisch ist. Für Leute, die in der Arbeiterbewegung bewandert sind, bietet allerdings das Eingeständnis der „Holländer-Zeitung“ nichts Neues.

Helle Sachsen. In einer gemeinsamen Sitzung der Handelskammern zu Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau wurde von der Handelskammer Plauen der Antrag gestellt, eine Heimarbeiters-Ausstellung für das Königreich Sachsen zu veranstalten. In dem Antrage wurde angeregt, die Vorbereitungen dazu unter gleichmäßiger Heranziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu treffen, um auf diese Weise ein objektives Bild über den Umfang, die wirtschaftliche Lage und die Bedeutung der sächsischen Hausindustrie zu gewinnen. Weiter war daran gedacht worden, sich nicht allein auf die Vorbereitung der in der Heimarbeit hergestellten Gegenstände zu beschränken, sondern durch Beirathungen von Repräsentanten der Industrie und Arbeitern für die wirtschaftliche Sebnung lebensfähiger Hausindustrien zweckdienliche Maßnahmen zu fördern. Die Kosten sollten durch den Staat, die Gemeinden und wirtschaftliche Körperlichkeiten gedeckt werden. Der Gedanke ist zweifellos ein sehr guter. Eine Heimarbeiters-Ausstellung aus dem so industriereichen Sachsen hätte sicherlich überaus wertvolles und reichhaltiges Material für die Beurteilung der Frage der Heimarbeit gegeben. Trotz alledem erklärten sich gerade die größten Handelskammern von Chemnitz, Dresden und Leipzig gegen den Antrag und lehnten ihn ab. Das ist sehr bedauerlich und zeugt von großer sozialer Kurzsichtigkeit.

Ueber die Schulbildung der preussischen Rekruten, die im Etatsjahre 1907 beim Landheere und der Marine eingeeilt worden sind, ist jetzt die amtliche Statistik veröffentlicht worden. Danach betrug die Zahl der Eingestellten überhaupt 161 381, von denen 151 900 aus dem Landheere und 9481 auf die Marine entfielen. Ohne jede Schulbildung waren davon 40 Mann oder 0,02 Prozent, und Schulbildung nur in der nichtdeutschen Mutterprache besaßen 22 Mann. In dem Etatsjahre 1887-88 betrug der Prozentsatz der Mannschaften ohne Schulbildung noch 1,07.

In den einzelnen Provinzen verringerte sich seit jenem Etatsjahre der Prozentsatz der Analphabeten folgendermaßen: in Ostpreußen sank er von 4,19 auf 0,06, in Westpreußen von 4,09 auf 0,02, in Brandenburg von 0,13 auf 0,01, in Pommern von 0,39 auf 0,04, in Posen von 3,46 auf 0,06, in Schlesien von 0,88 auf 0,02, in Sachsen von 0,09 auf 0,02, in Schleswig-Holstein von 0,05 auf 0,00, in Hannover von 0,17 auf 0,10, in Westfalen von 0,13 auf 0,02, in Hessen-Nassau von 0,12

auf 0,05, in der Rheinprovinz von 0,07 auf 0,01. In Hohenzollern hat es Mannschaften ohne Schulbildung im Etatsjahre 1887-88 ebenso wenig gegeben wie im Etatsjahre 1907. Am günstigsten stehen also Hohenzollern und Schleswig-Holstein da. Aber auch in den Landesteilen mit gemischt-sprachiger Bevölkerung ist eine deutliche Besserung bemerkbar. Am schlechtesten steht es noch in Ostpreußen und Posen, denen am nächsten Hessen-Nassau mit 0,05 und Pommern mit 0,04 Prozent kommen.

Eine Lungenentzündung als Betriebsunfall hat in folgendem Falle das Reichs-Versicherungsamt anerkannt. Ein Arbeiter hatte eine schwere Kiste transportieren müssen, wobei er stark in Schweiß geraten war. Gleich darauf mußte er im Auftrage des Arbeitgebers und im Interesse des Betriebes eine Fahrt auf der elektrischen Bahn unternehmen, wobei er auf dem Vorbergraben des Straßenbahnweges stand und sich eine schwere Erkältung zuzog. Die Erkältung führte zu einer Lungenentzündung, die den Betroffenen nötigte, das Krankenhaus aufzusuchen, wo er wenige Tage später verstarb. Der Anspruch der Witwe des Verstorbenen auf Hinterbliebenenrente wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt, und auch das Schiedsgericht wies die eingeleitete Berufung zurück. Das Reichs-Versicherungsamt erhob dagegen zunächst noch einen weiteren Beweis über den Vorgang und über die körperliche Beschaffenheit des Verstorbenen. Es kam auf Grund dieser Beweisaufnahme und der vorliegenden ärztlichen Gutachten zu der Ueberzeugung, daß die zum Tode führende Lungenentzündung auf die Betriebsarbeit zurückzuführen sei und trug deshalb keine Bedenken, der Witwe die Hinterbliebenenrente zuzusprechen.

Den Rabattmarkenungeheuer beleuchtet im „Eberfelder Generalanzeiger“ ein kleiner Geschäftsmann in folgender Weise:

„Der Kaufmann und der Händler leben doch vom Verdienen und nicht vom Verschleiden, und wenn jemand behauptet, er verschleide aus Geschäftsprinzip oder aus Menschlichkeit oder aus irgend einem anderen Grunde, ohne die Preise zu erhöhen, so ist das in unserer realistischen Zeitbarer Unfinn. Wenn ich für 60 Mk. Waren kaufe, dann muß ich, um Personal, Licht, Miete usw. bezahlen zu können und selber einen kleinen Verdienst zu haben, für die Ware 100 Mk. zurückgeben. Will ich davon nun noch 5 Mk. verschleiden, dann genügt der Verdienst nicht mehr, und ich bin gezwungen, zu 105 Mk. zu verkaufen. Ob nun 100 Mk. ohne Warten oder 105 Mk. mit Warten nicht ein und dasselbe sind, kann nur jemand behaupten, der selbst nicht glaubt, was er predigt. Und dabei wird fortgesetzt dem kleinen Geschäftsmann vorgebetet, es läge in seinem Interesse, Warten zu geben. Gerade das Markenengeheuer bringt ihm den letzten Rest, denn die großen Geschäfte halten sich an den großen Artikeln (Schablos), die der kleine Mann nicht führen kann. Die großen Geschäfte lösen die gefüllten Bücher ein, die großen Geschäfte haben Augenfreundlichkeit, in die großen Geschäfte gehen die Kunden, wenn sie Geld haben, und der kleine Geschäftsmann borgt und lebt noch dazu. Da nun aber die kleinen Geschäftslente das Gros bilden, so möge auch hier im Wappertal die Parole lauten: „Heraus aus dem Rabattmarken-Atombim! Ihr könnt beim Markenengeheuer nur verlieren!“

Es gehört nicht viel Ueberlegung dazu, um einzusehen, daß der Eberfelder Geschäftsmann mit seinen Ausführungen recht hat. Den Rabat mit der Käufer im Warenpreise zahlen, etwas anderes ist nicht denkbar, wenn es auch die Rabattparteiereinsblätter noch so oft und so nachdrücklich behaupten.

Für die Diskutierklub bricht ein Verbandskollege M. aus Danzig in einer längeren Zuschrift eine Lanze. Es wird darin hingewiesen auf die günstigen Erfahrungen, die man in Danzig mit dem Diskutierklub gemacht hat, in welchem belehrende Vorträge über das Vereins- und Versammlungsrecht, die Städteordnung, über Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, den gewerblichen Arbeitsvertrag, die Belastung des Arbeiterhaushalts durch Zölle, Weltanbahnung und Arbeiterbewegung, allgemeine Volkswirtschaftslehre und Sozialdemokratie und Arbeiterkraft gehalten worden sind. Nicht allein Aufklärung und Belehrung ist dadurch den Teilnehmern geboten worden, sondern schon manch einer hat im Diskutierklub erprobt, daß er sehr wohl auch rednerisch für unsere Sache eintreten kann. Dasselben Erfahrungen hat man auch anderwärts gemacht, und es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß Diskutierklubs und ähnliche Einrichtungen an vielen Orten entstanden sind und segensreich wirken. Allerdings kann noch viel mehr auf diesem Gebiete geleistet werden, weshalb wir der Anregung des Danziger Kollegen, noch einmal auf die Bedeutung der Diskutierklubs hinzuweisen, hiermit gern nachkommen sind.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens erwähnt, daß seit etwa einem Jahr in Berlin auch ein fachwissenschaftlicher Diskutier-

Fluß besteht, in welchem nicht nur fachwissenschaftliche Vorträge für alle Berufe gehalten, sondern auch weitgehende Auskünfte erteilt werden. Derselbe tagt vierzehntägig am Dienstag in der Bückerstraße 20, und kann der regelmäßige Besuch namentlich den jüngeren Kollegen aus nur warm ans Herz gelegt werden.

Die 373. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 1. November, abends 7 Uhr, in der Singakademie statt. Es werden mitwirken: Herr Otto Wiemer (Rezitation), Herr Eugen Brieger und Frau, Margarete Brieger-Walms (Lieder und Duette), Frau Amalie Radwaner-Wirnbach (Violine).

### Gewerkevereins-Zeitung

**Köln.** Die Gesellschaft für soziale Reform, Ortsgruppe Köln, hat in ihrer letzten Vorstandssitzung ihr Winterprogramm festgesetzt, gibt dieses bekannt und lädt die Mitglieder des Ortsverbandes zu den Veranstaltungen ein, da dieser als korporatives Mitglied der Gesellschaft angesehen ist. Es sprechen am 29. Oktober Lic. Weber, W. Glöckner über Bilder von der letzten Arbeiterversammlung; am 26. November Professor Köhler über die Dienstbotenfrage; im Dezember (Tag noch unbestimmt) Beigeordneter Dr. Fuchs über die Krankenversicherung; 15. Januar Professor Dr. A. Schaffenburg über die Bekämpfung des Alkohols; im Februar (Tag noch unbestimmt) Dr. B. Zimmermann über die Reichsfinanzreform und die Sozialpolitik; im März (Tag noch unbestimmt) Beigeordneter Dr. Fuchs über die Gartenstadt. Wir können den Besuch der Vorträge unseren Kollegen nur empfehlen und hoffen, daß sie recht zahlreich an diesen Abenden teilnehmen.

**Neusalz a. O.** Wie verschwenderisch bisweilen die Staatsbahnverwaltung mit den Gehältern der Beamten umgeht, zeigt folgender Fall: In Schöppelau, einer Station der Bahn Neusalz-Sagan, war bisher ein Weichensteller angestellt, der aber zum 1. Oktober versetzt worden ist. Sein Nachfolger ist eine Frau geworden, die nicht allein die Weichen stellt und den Fahrkartenverkauf besorgt, sondern auch die gesamte Güterabfertigung, die nötige Buchführung, das Reinigen der Diensträume und Aborte und dergl. m. Für diese gewiß sehr vielseitige Tätigkeit, die von morgens 5 bis abends 7 Uhr dauert, bezieht die Frau das sächsische Gehalt von 1 Mark pro Tag. Dabei muß sie noch abends nach 7 Uhr insofern Dienst tun, als sie für Beleuchtung der Station bzw. der Weichen sorgt. Den Fahrkartenverkauf erledigt nach 7 Uhr das Fahrpersonal. Ob hier bei dieser Anstellung schon die Gehaltserhöhung der Beamten mit in Rücksicht gezogen worden ist?

**Stettin.** Am Dienstag, 20. Oktober, fand hier im großen Saal der Philharmonie eine zahlreich besuchte Versammlung statt, die sich mit dem Verhalten der Direktion des Zentralhallen-Theaters gegen die Organisation der Kritiker beschäftigte. Referenten waren Verbandsvorsitzender Carl Goldschmidt in Berlin und Vorsitzender der Kritikerorganisation Max Berol-Konrad. Beide Redner übten lebhaften Kritik an dem Verhalten derjenigen Unternehmer, die bei ihnen beschäftigten Arbeitern, Kaufmannschaften und technischen Angestellten, Künstlern usw. das Koalitionsrecht rauben. Die Vorträge fanden förmlichen Beifall. In der Debatte nahm auch einer der sozialdemokratischen Redakteure das Wort und erklärte, es nicht billigen zu können, daß

das Gewerkefaktariat vom Besuch dieser Versammlung abgesehen habe. Auch der angegriffene Direktor bekam, obgleich er sich nicht gemeldet hatte, außer der Reihe das Wort, sprach dann aber ein langes und breites über Dinge, die nur in einem sehr losen Zusammenhang mit der Frage des Koalitionsrechts standen. Bezeichnend für ihn war ein Brief, den er an den Vorsitzenden des Ortsverbandes Kollegen Lutz geschrieben hatte und worin er prologisch aus einander setzte, wie wenig ihm an der Sympathie der Arbeiter liege; die teuren Pläne müßten es bringen. Folgende vom Kollegen Wolf eingebrachte Resolution wurde mit allen gegen 8-10 Stimmen angenommen:

„Die vom Ortsverband der Deutschen Gewerkevereine in die Philharmonie einberufene Versammlung von Bürgern und Bürgerinnen Stettins verurteilt mit aller Entschiedenheit jeden Versuch, Arbeitnehmern aller Art das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht irgend wie einzuschränken. Das Koalitionsrecht ist ein unveräußerliches Recht, das von niemand angetastet werden darf. Deshalb verurteilt die Versammlung auch das Verhalten aller Reihe von Parteiführern, darunter auch der Direktion des Stettiner Zentralhallen-Theaters, welche die Kritiker der Vorteile des Koalitionsrechts zu berauben eifrig bemüht sind. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie das Zentralhallen-Theater so lange nicht besuchen, bis die von der Leitung des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine (G.D.) angestrebte Einigung zwischen den Organisationen der Direktoren und Kritiker erfolgreich zustande gekommen ist.“  
Es darf angenommen werden, daß sich alle Gewerkevereiner und zahlreiche außerhalb der Arbeiterchaft stehende Bürger dieser Erklärung anschließen und ihre energische Durchführung unterstützen.

### Verbands-Zeitung

#### Versammlungen.

**Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, NO., Orfiewaldstraße 221/223. Mittwoch, 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Lewin über: „Die französische Revolution“. Gäste willkommen. — **Gewerkevereins-Liederklub (G.V.L.)**. 7. u. 8. November, abends 8-11 Uhr, Kriegerdenkmal bei der Landwehrstraße. Vorsitzender Gewerkevereiner (Herrn) Koch. Gäste herzlich willkommen. — **Diskussionsklub Mosbit**. Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr bei Rabau, Waldstraße 58. Gäste herzlich willkommen. — **Sonntag, 31. Oktober.** **Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr bei Weichert, Bergstr. 69. Vortrag des Herrn Gemen v. d. Willenchaft: Ueber freiwillige Fortbildungskurse für Arbeiter. Regulatorio. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr, Kolbenstr. 6. Versammlung. Vortrag des Kollegen Joseph: „Wirtschaftskrisen“. Bildschreibung. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr, Mustauerstr. 55. Versammlung und Vortrag des Kollegen Jordan über das Thema: „Die Emanzipationsbestrebung der Arbeiterklasse“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Vereinsversammlung bei Trantow, Schönhauser Allee 65. — **Sonntag, 1. November.** **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Vormittags 9 1/2 Uhr, Versammlung bei Rabau, Waldstr. 58. Vortrag d. Koln. R. Wöller über: „Gewerkevereine und die öffentliche Meinung“. — **Verein d. deutschen Kaufleute IV.** Mittwoch, 28. Okt. Abds. 9 Uhr im Verbandsbauhof, Greifswalder Str. 221/23. Agitations-Versammlung. T.D.: 1. Vortrag d. Stabverordneten Karl Goldschmidt über: „Die Lage der Angestellten in den Kontors- und Engrosgeheimnissen“. 2. Diskussion. 3. Geschäftsliches. — **Frauen und Mädchen I.** Mittwoch 28. Okt. Abds. 8 1/2 Uhr, Wei. 6. Rev. Blücherstr. Ecke Fontane Promenade. Vortrag des Verbandssekret. Neuhoff: „Was will der Gewerkeverein der Frauen u. Mädchen“.

**Friedrichsberg.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Versammlung am 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5. T.D.: Vortrag des Kollegen Neuhoff über Gewerkevereinswahl und Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsfeier. — **31. Oktober.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter Wilhelmstraße.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag im Vereinslokal bei Herrn Gramp, Ebelwehstr. 6.

#### Orts- und Bezirksverbände.

**Herrn (Ortsverband).** Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Schulte-Mattler, Diskussionsklub. — **Nachen (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Leuchter, Ecke Hofmännplatz u. Jülicherstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Sittmanns Hotel, Wollstr., Diskussionsklub. **Dresden (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbühl, Bergstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 8. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. U. (Diskussionsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmann, Kirch- und Bergstraße-Ecke. — **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Eiertorstraße. **Hamburg (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paction, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei P. Eisenburger, Bankeimerstraße. — **Mühlheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kofel, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liederklub).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmgebende Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Lüneburg (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsklub im Lokale des Herrn Feigler. Sonntag, 1. November, Ortsverbanderversammlung. Zierlohn u. Umgegend. (Ortsverb.). Sonntag, 1. November, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Herrn C. Westhoff, Wehlig. — **Oberhausen (Ortsverband).** Vertretersitzung vorm. 10 Uhr, bei Wirt Goejpath.

#### Literatur.

**Eingegangene Bücher und Broschüren.** Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rückmeldung erfolgt nicht.  
**Zierlohn-Kalender 1909.** Herausgegeben vom Berliner Zierlohn-Verein, Berlin SW., Königgräberstr. 41. Preis portofrei 10 Pf.  
**Wider aus der Inszenierung.** Von F. G. Fabre. Erste Reihe. Mit zahlreichen Abbildungen. Verlag des Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde in Stuttgart. Preis 2,25 M.  
**Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine,** sechster Jahrgang 1908, Band I u. II. Vom Generalsekretär Heinrich Kaufmann. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg 1, Bienenbücherei 52. Preis des 2bändigen Werkes 9 M.  
**Mitteilungen zur Statistik der Stadt Düsseldorf.** Nr. 4. Die Richterinheimischen in Düsseldorf nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1906. Bearbeitet von Dr. Dr. Otto Most. Kommissionsverlag von E. Volk & Co. in Düsseldorf.  
**Die Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland.** Von August Erdmann. Verlag von F. G. W. Dieß Nachf. in Stuttgart. Preis geb. 10,50 Mf.

## Anzeigen-Zeitung

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

### Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkserfreunde.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mf., 100 Exemplare 6 Mf., 200 Exemplare 10 Mf., 500 Exemplare 28,50 Mf., 1000 Exemplare 45 Mf.

### Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mf., 12 Stück 2,66 Mf., 20 Stück 4 Mf.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

### Fidelitas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenzen, Complots (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mf., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.  
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

**Stralsund (Ortsverb.).** Herb. zur Heilmat, Bleichstraße. Karten bei E. Pulowski, Babenstr. 20.

**Nachen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 Mf. auf dem Arbeiterssekretariat Nachen, Kwalbertsteinweg 71.

**Nabesberg (Ortsverband).** Durchreisende erhalten Ortsverbandsgeld bei Ds Far 5 dhna t Pitnaer Straße 23a, II I.

**Danzig (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Genossen K a m e r e t, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten.

**Stettin (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Registerkarten im Werte von 1,20 Mf. beim Kollegen Emil S ch m i d t, Stettin, Bollwerk 22 im Raden. Die Verbandserbenerge befindet sich Elsbethstraße 49 (Sägers Gastwirtschaft).

### Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbniskasse** des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen. Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

**Halle (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Laube Schuhmachermesser, Leipzigerstr. 94, im Hof.

**Kiefernünde und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten bei Otto G a n s c h o w, Kiefernünde, Schulmachersmeyer, Leipzigerstr. 94, Wagenbrucherstr. 5.